



MARCHIVUM

MANNHEIMS ARCHIV
HAUS DER STADTGESCHICHTE
UND ERINNERUNG



MARCHIVUM Druckschriften digital

Mannheimer General-Anzeiger. 1916-1924 1919

301 (4.7.1919) Abend-Ausgabe

[urn:nbn:de:bsz:mh40-186159](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-186159)

Deutschland und Polen.

Berlin, 4. Juli. (Von unserem Berliner Büro.) Bei den Verhandlungen der deutschen und polnischen Volksräte mit der Regierung der Republik Polen in Warschau...

Die Besetzung Oberschlesiens.

Berlin, 4. Juli. (Von unserem Berliner Büro.) Die Deutsche Zeitung, die in der letzten Zeit freilich schon manche Sensationsmeldung gebracht hat, läßt sich von „entscheidend wohlunterrichteter Seite“ mitteilen...

Die Polentransporte.

Berlin, 4. Juli. (Von unj. Berl. Büro.) Von der Wehrmacht-Kommission wird den P. S. R. mitgeteilt: Marshall Foch wünscht die deutsche Regierung am 30. 6. die am 28. 6. abgeordneten Polentransporte möglichst bis zum 5. 7. wieder aufzunehmen.

Einkaufung des Friedensauschusses.

Berlin, 4. Juli. (Von unserem Berliner Büro.) Wie die Deutsche Allgemeine Zeitung mitteilt, wird Ministerpräsident Bauer voraussichtlich nach Verabschiedung der Besetzungsvorlage des Arbeitsprogramm der Reichsregierung...

Häufige Gerüchte über Riga.

Berlin, 4. Juli. (Von unj. Berl. Büro.) Die Nachricht der „Freiheit“, daß in Riga von deutschen Truppen eine Sabotageaktion erwidert worden sei, ist völlig unzutreffend.

Der Friede von Versailles.

Allgemeiner Trauertag am Sonntag, 6. Juli. Dem allgemeinen Verlangen evangelischer Kreise entsprechend, hat, wie wir hören, der Evangelische Oberkirchenrat...

Der Deutsche Flotten-Verein.

Der unglückliche Kriegsausgang und seine schweren Folgen machen es dem Deutschen Flotten-Verein unmöglich, den im § 2 seiner Satzungen an erster Stelle genannten Zweck durch seine Arbeit zu fördern.

Erhöhung der Post- und Telegraphengebühren.

Berlin, 4. Juli. (Von unj. Berl. Büro.) Eine Erhöhung der Post- und Telegraphengebühren steht unmittelbar bevor. Schon in den nächsten Tagen wird das Besetzungsamt...

Severien umfaßt. Daran mitzuarbeiten ist keineswegs nur die Pflicht der an der Spitze stehenden Volksteile, nein, ganz Deutschland muß daran teilnehmen...

Sobald der Friede geschlossen ist und die durch ihn geschaffenen Zustände übersehen werden können, wird eine Hauptversammlung einberufen, werden die Richtlinien für die nachfolgende Arbeit aufgestellt sowie die Vorbereitungen für diese getroffen werden.

Unsere nächste und vornehmste Pflicht ist aber, wie auch aus weiten Kreisen unseres Vereins zum Ausdruck gebracht wurde, unsere bewährte Organisation anständig zu erhalten...

Badische Landesversammlung.

35. Öffentliche Sitzung. Karlsruhe, 4. Juli.

Präsident Kopp eröffnet um 9 1/2 Uhr die Sitzung. Unter den Eingängen befindet sich eine Anzeige des Abg. Oberlehrer Spieß-Mannheim (Soz.), daß er sein Mandat niederlege.

Das Haus setzte nun die Beratung der Interpellation Königsberger über die Universitätsreform fort.

Präsident Kopp teilte mit, daß die Parteien dem Antrag Leser folgende Form gegeben haben: Die Regierung soll ersucht werden, in den Hochschulen künftighin für eine paritätische Behandlung bei der Besetzung der Lehrstühle...

Letzte Meldungen.

Tagung demokratischer Frauen.

Berlin, 4. Juli. (Von unj. Berl. Büro.) Bei der Tagung der demokratischen Frauen, die am 18. Juli dem Paritätentag vorausgehen soll, wird über „Die politischen Aufgaben der Frauen nach dem Friedensschluß“ Dr. Maria Baum referieren.

Konservative Kampfanzeige.

Berlin, 4. Juli. (Von unserem Berliner Büro.) Der Vorstand der deutsch-konservativen Partei tritt mit einer Erklärung an die Öffentlichkeit, in der er, was die Deutschenationalen in den letzten Wochen wiederholt gesagt haben, nun einmal sagt...

Zu den Ausschreitungen in Spa.

Berlin, 4. Juli. (Von unserem Berl. Büro.) Auf den ersten Protest des Generals von Haunersheim gegen die Ausschreitungen in Spa bei der Abreise eines Teiles der Wehrmacht-Kommission am 30. 6. hat General Dubant, wie die P. S. R. erfahren, der deutschen Kommission eine Note zugeworfen...

Beforscherender Kohlenmangel in Berlin.

Berlin, 4. Juli. (Von unj. Berl. Büro.) Wie aus von ausländischer Seite mitgeteilt wird, droht die Kohlenversorgung, die durch den Berliner Verteilungsstreik noch mehr verschärft worden ist, sich gegen den Winter hin katastrophal zu gestalten.

Wie die Verhältnisse sich im kommenden Winter bei dem durch nichts wieder gut zu machenden Kohlenmangel gestalten werden, ist noch kaum abzusehen. Nur durch äußerste Sparsamkeit kann eine Katastrophe in dieser Hinsicht vielleicht noch hintangehalten werden.

Erhöhung der Post- und Telegraphengebühren.

Berlin, 4. Juli. (Von unj. Berl. Büro.) Eine Erhöhung der Post- und Telegraphengebühren steht unmittelbar bevor. Schon in den nächsten Tagen wird das Besetzungsamt infolge der gestiegenen Beförderungskosten und Löhne...

Letzte Handels-Nachrichten.

Mannheimer Effektenbörse.

An der heutigen Börse behand wieder für einzelne Industrie-Aktien Nachfrage und sind als höher zu bezeichnen Berlin Deutsche Eisenbahn, Maschinenfabrik Oerlikon, Walzwerke, Maschinenbau und Metallfabrik Waidhofen.

Frankfurter Wertpapierbörse.

Frankfurt, 4. Juli (1919.) Man eröffnete etwas zurückhaltend, was vielfach auf die etwas zu rasche Aufwärtsbewegung verschiedener Industrieaktien zurückzuführen war; da aber seitens des Handelspublikums kaum Aufträge vorlagen, blieb im allgemeinen die Tendenz...

Dom badischen Holzmarkt.

Man berichtet uns: Nach den jetzt vorliegenden amtlichen Zahlen wurden im Monat Mai in den Domänenabteilungen insgesamt 17 265 Kubikmeter Kuppelholz (Stamm- und Kuppelholz, Edelpollen, Stangen) bei einem Ankaufspreis von 4 687 425 zu 1 227 601, mithin zu 124,3 Prozent der Einschätzung verkauft.

Dom deutschen Weinmarkt.

Der Friedensvertrag von Versailles enthält auch verschiedene, das deutsche Weingebiet interessierende und viel berührte Punkte. Er legt Deutschland die Verpflichtung auf, die eisenbahnrechtlichen Weine 5 Jahre lang in dem von der französischen Regierung jedes Jahr festzusetzenden Umfang, der den Durchschnitt der Ausfuhrer in den Jahren 1911 mit 1912 nach Deutschland nicht übersteigen soll, auszuführen.

